



SPD diskutiert über die Rente

Der SPD-Parteivorstand hat Eckpunkte für eine verlässliche Alterssicherung vorgelegt



Wohin führt der Weg bei der Rente? Die SPD diskutiert Eckpunkte für das zukünftige Rentenkonzept

Foto: Petra Bork / pixelio.de

Die SPD diskutiert ihren rentenpolitischen Kurs. Dabei müssen wir nicht weniger als die Antworten auf einige der dringendsten Probleme des nächsten Jahrzehnts finden.

Gebrochene Erwerbsbiografien, lange Zeiten von Niedriglohnbeschäftigung und die schwierige Lage derer, die aus gesundheitlichen Gründen eine längere Lebensarbeitszeit nicht schaffen, stellen an die Rente neue Herausforderungen.

Klar ist, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die gesetzliche Rente als zentrale Säule der finanziellen Absicherung im Alter erhalten wollen! Dazu müssen

wir die Rentenversicherung finanziell stärken.

Einen Vorschlag, wie die Politik die Rente zukunftsfest und die benannten Herausforderungen angehen kann, hat der Parteivorstand in einem Eckpunkt Papier Ende September beschlossen. Diese Eckpunkte basieren auf einem Vorschlag des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel.

Die zentralen Eckpunkte:

Erwerbsarmut bekämpfen

Altersarmut und Erwerbsarmut sind zwei Seiten der selben Medaille. Zentral ist für die SPD deshalb die Forderung nach einem gesetz-

lichen Mindestlohn von 8,50 Euro, gleichzeitig die Stärkung der Tarifbindung und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Neben einer besseren Lohnpolitik müssen deutsche Unternehmen ihre Ausbildungsbereitschaft wieder deutlich erhöhen. Ein flächendeckender Ausbau von Kindertagesstätten soll helfen, Frauenerwerbsquote und Vollzeitbeschäftigung zu erhöhen.

Arbeit muss sich lohnen: Altersarmut verhindern

Wer jahrelang Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt hat,

Fortsetzung auf Seite 2

2 | Die Bundespolitik

Fortsetzung von Seite 1: Was wird aus der Rente?

muss am Ende seines Erwerbslebens eine Rente erwarten dürfen, die deutlich oberhalb der Grundsicherung liegt. Eine steuerfinanzierte Solidarrente soll dafür sorgen, dass für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre/40 Versicherungsjahre) die Rente nicht unter 850 Euro liegt.

Brücken ins Rentenalter bauen

Nicht jeder kann mit voller Kraft und Gesundheit bis zum regulären Renteneintrittsalter arbeiten. Das Eckpunktepapier sieht deshalb unter anderem folgende Punkte vor, um verschiedene Wege in die Rente zu ermöglichen: einen abschlagsfreien Zugang zur Erwerbsminderungsrente, eine Verlängerung der Zurechnungszeit und eine bessere Bewertung der letzten Jahre, erleichterte Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung, die Einführung einer Teilrente ab dem 60. Lebensjahr und einen abschlagsfreien Zugang zur Rente nach 45 Versicherungsjahren.

Genauso wie es auch der DGB vorgeschlagen hat, sieht der Vorschlag des Parteivorstandes einen Verzicht auf eine kurzfristige Absenkung der Beitragssätze und eine stetige Steigerung bis auf das im geltenden Rentenrecht vorgesehene Niveau von 22 Prozent vor. So kann die Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen sichergestellt werden.

Lebensstandard sichern – Betriebliche Altersversorgung ausbauen

Die gesetzliche Rentenversicherung wird auch in Zukunft ergänzt werden müssen. Ziel ist es, vor allem die betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung

zu stärken. Dazu muss es leichter werden, sie auch dort für allgemein verbindlich zu erklären, wo sie aufgrund geringer Tarifbindung noch viel zu wenig genutzt wird. Die betriebliche Altersversorgung muss in Anlageformen erfolgen, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Totalverlusten schützen. Dafür braucht es gesetzliche Vorgaben. Zukünftig soll jeder Arbeitgeber eine Entgeltumwandlung zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung anbieten müssen, wenn der Arbeitnehmer nicht selbst darauf verzichtet.

Zudem sollen Riester-Produkte auf den Prüfstand. Die SPD will die Kostentransparenz und die Effizienz erhöhen. Und auch hier muss schließlich Sicherheit bei der Leistungshöhe in Form einer Mindestverzinsung im Mittelpunkt stehen.

Bundeseinheitliches Rentenbemessungssystem in Ost und West

Wenn die SPD nach der Bundestagswahl 2013 wieder regiert, wird bis 2017 ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchgesetzt. Die dann erarbeitete Lösung muss sowohl die Interessen der Beitragszahler in Ost und in West gleichermaßen wahren. Die SPD will sich dieser Gerechtigkeitsdebatte stellen.

Mit diesen bislang benannten Eckpunkten für ein neues sozialdemokratisches Rentenkonzept benennt die SPD Instrumente und Optionen, um die Rente zukunftsfest zu machen und dem demografischen Wandel zu begegnen. Zugleich wird deutlich, dass sich die Vorschläge von denen der Union eindeutig unterscheiden:

Wer keine Riesterrente hat, wird anders als beim CDU-Vorschlag der Zuschussrente bei uns im Alter nicht im Stich gelassen: Denn von der Solidarrente profitieren alle, auch jene, die ihr Leben lang gearbeitet haben, sich aber keine private Altersvorsorge leisten konnten.

Die SPD bekämpft Altersarmut, wo sie anfängt – nämlich im Erwerbsleben. Deshalb sind wir anders als die Union für den Mindestlohn und für den Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“!

Diskussionsbedarf sieht der Parteivorstand noch **in der Frage des Rentenniveaus und bei der Beitragsentwicklung**. Die Deutsche Rentenversicherung schätzt, dass das Rentenniveau von derzeit ca. 50 Prozent bis zum Jahr 2030 auf 44,76 Prozent gesunken sein wird.

Die zentralen – aber wohl auch schwierigsten – Fragen sind deshalb: Was muss und kann die gesetzliche Rentenversicherung in Zukunft im Sinne einer auskömmlichen Rente leisten? Welches Rentenniveau muss dafür mindestens gehalten werden? Und wie ist dieses Niveau auf Dauer zu finanzieren? Das ist ein schwieriger Spagat, der jetzt in der SPD neu diskutiert wird. Aber es muss und es wird gelingen, eine gerechte Antwort auf diese Frage zu formulieren. Der SPD-Parteivorstand will sich für diesen Diskussionsprozess noch bis zum Parteikonvent am 24. November 2012 Zeit nehmen.

Das Eckpunktepapier „Die SPD-rentenpolitik: Arbeit muss sich lohnen!“ des SPD-Parteivorstands zum Nachlesen:

[www.spd.de/
scalableImageBlob/76890/
data/20120924_rente_pv-data.pdf](http://www.spd.de/scalableImageBlob/76890/data/20120924_rente_pv-data.pdf)

Schnelles Internet für alle!

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine flächendeckende Breitbandversorgung

Die SPD-Bundestagsfraktion will das Recht auf flächendeckende Grundversorgung mit schnellem Internet gesetzlich festschreiben. Das hat die SPD mit ihrem Breitbandkonzept beschlossen.

Durch eine sogenannte Universalienverpflichtung soll sichergestellt werden, dass alle Haushalte in Deutschland mindestens die klassischen Internetanwendungen nutzen können und eine flächendeckende Grundversorgung mit schnellen Internetverbindungen garantiert wird.

Die gesetzlich festzulegende Bandbreite soll entsprechend den EU-Vorgaben ermittelt und dann gesetzlich verankert werden. Klassische Internetanwendungen benötigen etwa Bandbreiten von rund 2 MBit/s. Dazu zählen beispielsweise das Abrufen von Informationsangeboten, die Nutzung von E-Mail-Diensten, die Teilnahme an sozialen Netzwerken oder das Einkufen im Netz.

Die SPD sieht in ihrem Konzept darüber hinaus vor, schnellstmöglich die Qualität der Breitbandnetze auszubauen. So sollen Geschwindigkeiten von mindestens 6 MBit/s zum Standard werden. Mit dieser Bandbreite sind bereits IP-Fernsehen und Video-on-Demand-Anwendungen in guter Qualität möglich.

In einem dritten Schritt geht es der SPD schließlich um einen schrittweisen Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen. Diese sollen noch deutlich höhere Bandbreiten von 50 MBit/s und mehr ermöglichen. Die große Herausforderung



Ein schneller Internetanschluss gehört für die SPD zur Daseinsvorsorge und soll in Zukunft für jeden Haushalt in Deutschland verfügbar sein. Foto: Marko Greitschus / pixelio.de

besteht darin, auch für weniger stark besiedelte Gebiete die Voraussetzungen zu schaffen oder zu verbessern. Sie müssen trotz hoher Kosten an eine sehr hochwertige Breitbandinfrastruktur angebunden werden können. Hierfür sieht die SPD ein Maßnahmenbündel vor, um Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen und zusätzliche Investitionen auszulösen. Dazu gehören auch bessere staatliche Fördermöglichkeiten.

Der Handlungsbedarf beim Breitbandausbau ist weiterhin groß. Viele ländliche Regionen sind von schnellen Internetverbindungen abgeschnitten. Das ist nicht nur für die privaten Nutzer, sondern vor allem auch für Unternehmen ein riesiges Problem. Und es ist somit auch ein gewaltiger Standortnachteil. Mit einer Fortsetzung oder gar Vertie-

fung der digitalen Spaltung dürfen wir uns deshalb nicht abfinden. Die SPD will den Breitbandausbau in Regierungsverantwortung ab 2013 deutlich beschleunigen.

Mit dem Konzept, das in einem einzigartigen Dialogprozess in sieben thematischen Workshops mit Experten aus Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaft erarbeitet wurde, sind die Weichen in die richtige Richtung gestellt.

Das Breitbandkonzept der SPD-Fraktion zum Nachlesen:

„Schnelles Internet für alle: Flächendeckende Breitbandversorgung sichern und dynamische Entwicklung beschleunigen“

www.spdfraktion.de/sites/default/files/position_schnelles_internet_fuer_alle_0.pdf

4 | Aus Partei und Fraktion

Gespräch zum Truppenabzug



Am 11. September hat Manfred Nink (rechts) an einem Gespräch zur Personalkonversion im Rahmen des Truppenabzugs der britischen und US-amerikanischen Stationierungstreitkräfte im Deutschen Bundestag teilgenommen. Die betroffenen und zuständigen SPD-Abgeordneten diskutierten mit Vertretern der amerikanischen und britischen Streitkräfte sowie Vertretern der Gewerkschaft ver.di aus Bund und Ländern über Lösungsmöglichkeiten für ca. 10.000 Beschäftigte.

Foto: Büro Gustav Herzog

Peer und die Banken

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die SPD hat einen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2013: Peer Steinbrück. Nachdem diese Personalfrage geklärt ist, muss jetzt eine klare inhaltliche Linie für den anstehenden Wahlkampf her. Bereits in der vergangenen Woche hat Peer Steinbrück ein 30-seitiges Papier zur „Bändigung der Finanzmärkte“ vorgelegt. Darin finden sich viele konkrete Beispiele, wie die Politik wieder die Oberhand über Banken und Finanzmärkte zurück erlangen kann.

Ein zentraler Punkt in Steinbrücks Papier ist das Ende der Universalbanken und somit die Teilung von Kreditgeschäft und spekulativem Investmentbanking.

Sicherlich habt Ihr die Kommentierungen in den Medien verfolgt. Der Grundtenor lautet: Steinbrück

greift wichtig Vorschläge auf, die substantiell helfen können, die Welt vor den Finanzmärkten und Bankenspekulanten sicherer zu machen. Und womöglich wären die Vorschläge auch eine Medizin zur Vorsorge vor neuen Finanzmarktkrisen.

Das Papier ist lesenswert und kann Euch als Grundlage für Diskussionen in den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen dienen.

Ihr findet Peer Steinbrücks Positionspapier auf der Homepage der SPD-Bundestagsfraktion:

www.spdfraktion.de/sites/default/files/konzept_aufsicht_und_regulierung_finanzmaerkte.pdf

Herzlichst, Euer

Einige Termine seit dem letzten Sprechbrief

27. August bis 2. September 2012

UNESCO-Preisverleihung für das Angalan-Projekt der Schule St. Maximin in Trier, Krönung der Weinkönigin in Mehring

3. bis 16. September 2012

VBB-Vorstandssitzung in Trier, Hausaltwoche des Deutschen Bundestages, Gespräch der Landesgruppe mit Lars Klingbeil MdB und Mathias Richel zur Netzpolitik der SPD, Besuchergruppe der IGS Morbach, Sondersitzung des EU-Ausschusses, Gespräch zum ESM-Urteil des BVerfG, Sitzung der Landesgruppe mit Staatsminister Roger Lewentz, Veranstaltung der Landesvertretung Rheinland-Pfalz zur 30-jährigen Partnerschaft von Rheinland-Pfalz und Ruanda

17. bis 28. September 2012

Sitzung des Verwaltungsrates der Sparkasse Trier, Jubilarehrung der SPD Trier-Saarburg, Sitzungswoche des Deutschen Bundestags, Gespräch der Landesgruppe mit der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz, Gespräche mit Vertretern der Peace Brigades zur Menschenrechtslage in Kolumbien, mit dem Repräsentanten der Vertretung Taipehs und mit Vertretern der Firma Michelin, Diskussion mit Barbara Weiler MdEP zur Konzessionsrichtlinie der EU, Gesprächskreis Nordafrika

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de